

W wie Widerständige

Das Lächeln ihres Heimatlandes hat sie bewahrt, aber wenn sie weint, versteckt sie sich wie die meisten Menschen hier. Als die Waadtländer Polizei ihren Mann in Handschellen abführte, hat sie ihre zwei kleinen Töchter an der Hand genommen, ihnen gesagt «Papa wird zurückkommen» und ist ins Zentrum zurückgegangen. Sie hat sich geweigert, ihn während der Zeit im Gefängnis zu besuchen. Das Gefängnis, das kennt sie. Sie hat es erlebt, und sie will nicht mehr dorthin zurück. Deswegen ist sie in der Schweiz. Sie hat uns nicht erzählt, was sie ihren Kindern gesagt hat, als der Vater an Händen und Füßen gefesselt und mit einem Helm auf dem Kopf in das Flugzeug einer privaten Gesellschaft gezwungen und ins Herkunftsland «dort unten» ausgeschafft wurde. Die Kinder kennen dieses «dort unten» nicht, sie sind hier geboren. Die Mutter hat geweint, die Tränen ihrer Töchter getrocknet und entschieden, sich zu wehren wie damals, als sie «dort unten» für die Freiheit aller kämpfte.

Sie lebt seit über fünf Jahren in der Schweiz, sie spricht perfekt die Landessprache, hat vor dem Arbeitsverbot immer gearbeitet und hat weder Schulden noch Einträge im Strafregister. Im Gesetz steht es: Sie kann eine dauerhafte «humanitäre» Aufenthaltsbewilligung beantragen. Ihr Mann hatte diese Zeit nicht, er musste Schutz in einem anderen Land suchen. Unter Zwang nach «dort unten» zurückgeschafft, geriet sein Leben erneut in Gefahr. Aber gleich nebenan fand er ein armes Land, das die vorhandenen Plätze für Widerstandskämpfer gegen die Gewalt einer Diktatur nicht einzeln abzählt.

Seither lebt sie mit ihrem Kummer: Den ungerechten Entscheid zu akzeptieren und passiv abzuwarten, weigert sie sich. Von Nothilfe in einem von der Securitas bewachten schäbigen Zentrum zu leben, ist nicht das, was sie von der Schweiz erwartete, aber sie hält an ihrer Würde fest. Der Kanton lehnt ihren Antrag ein erstes Mal ab. In aller Ruhe trägt sie die Beweise vor, weshalb sie die im Artikel 14 des neuen Asylgesetzes verlangten Kriterien doch erfüllt. Sie wartet, beruhigt nach Kräften ihren Mann, der einsam ist und ohnmächtig gegenüber der erlittenen Ungerechtigkeit. Sie schmiedet Pläne für die Zeit, wenn ihr Mann wieder in der Schweiz sein wird. Ihre Töchter haben alles verstanden, traurig sind sie nur dann, wenn sie zusammen mit



**Solidarité
sans
frontières**

**BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

NR. 1, MÄRZ 2008

WWW.SOSF.CH



**Aus der Serie «Kopftuchdebatte» vom
Fotografinnenkollektiv zeitpunkt bild**

der Mutter zur Fremdenpolizei müssen, dorthin wo man ihren Vater vor ihren Augen verhaftete.

Es gibt viele «Mütter Courage» auf der Welt, und sie ist eine von ihnen. Sie hat sich Thomas Hirschhorns Parole zu Eigen gemacht: «Hoffnung ist nur möglich im Handeln.» Sie fordert, solidarisch mit allen Flüchtlingen, das Recht auf eine Zukunft im gewählten Land. So führt sie hier ihren Kampf für den Respekt der Grundrechte aller Menschen fort, diesen Kampf, der keinen Unterschied zwischen schwarzer und weisser Haut macht. Und wir führen diesen politischen Kampf mit ihr zusammen: nicht als Opfer, aber als Widerständige. ❁

Graziella de Coulon

Opferschutz Seite 2-3 oder Rollenzwang?

**Anmerkungen zu Menschenhandel
und Sexindustrie**

Frauenrollen Seite 4 und Migration

Migration in der Genderperspektive

Dossier Seite 5-8 «Engagierte Frauen»

**Diskussion mit Vreni Hubmann,
Anne-Catherine Menétrey,
Ruth-Gaby Vermot, Cécile Bühlmann**

Sosf- Seite 12 Vollversammlung

Am 18. April in Bern

Für einen anderen Blick auf Menschenhandel und Sexindustrie

Opferschutzprogramme bestätigen die restriktiven Visa- und Grenzregime Europas.

Opfer organisierter Krimineller Opfer von Männergewalt. Sexsklaven. Das sind die Begriffe, mit denen Migrantinnen, die in der europäischen Sexindustrie arbeiten, üblicherweise belegt werden. Im Gegensatz zu «freiwilliger» Migration, wie beim Menschenhandel als unfreiwillige Migration zum Zwecke der Ausbeutung – ob in der Sexindustrie oder in einem anderen Sektor – definiert. Aus diesem Begriff von Menschenhandel leiten sich zwei Hauptinterventionsformen von Staaten und NGOs ab: zum einen, Schutzprogramme für die Opfer von Menschenhandel, zum anderen, restriktivere Grenz- und Visaregimes, um Netzwerke organisierter Krimineller zu bekämpfen.

Opferschutzprogramme sollten nicht verworfen werden, da sie befristete Aufenthaltsgenehmigungen für Migrantinnen bieten. Sie sollten jedoch auch nicht einfach begrüsst werden, da sie Frauen auf Opfer reduzieren, anstatt der Komple-

xität ihrer Wünsche und Projekte gerecht zu werden – was dazu führt, dass ihr Widerstand gegen strukturelle Ungleichheit und ihr Kampf um ein anderes Leben aus dem Blick geraten. Noch mehr: Da Opferschutzprogramme alle migrantischen SexarbeiterInnen unter die Kategorie Opfer fassen, begünstigen sie Antiprostitutionsgesetze, die die Arbeitsbedingungen und die Rechte von SexarbeiterInnen verschlechtern. Auch das Verhältnis von Grenz- und Visaregimes zu Menschenhandel sollte neu beleuchtet werden. Werden legale Migrationswege unzugänglich, suchen MigrantInnen irreguläre Lösungen. Strengere Kontrollen und restriktivere Einwanderungsregeln, die angeblich Menschenhandel bekämpfen sollen, schützen Frauen keineswegs vor Missbrauch, im Gegenteil, sie machen MigrantInnen auf ihrer Reise schutzloser gegen Gewalt. Tatsächlich steigern sie den Grad der Kontrolle, die Dritte über MigrantInnen haben, sowohl

unterwegs als auch nach der Ankunft am Zielort. So tragen die gegenwärtigen Migrationskontrollmechanismen der EU dazu bei, « illegale » Zuwanderung zu produzieren, und sie dirigieren Frauen in den Frauenhandel und damit in die Prostitution.

Wählt man als Schlüsselbegriffe zum Verständnis von Frauen- bzw Menschenhandel nicht Gewalt und organisierte Kriminalität, sondern Migration und Arbeit, erschliessen sich neue politische und theoretische Perspektiven.

Analytisch gibt uns diese Verschiebung einen Rahmen, mit dem wir den Einfluss restriktiver Einwanderungs- und Arbeitsmarktpolitik auf das Leben von Migrantinnen und SexarbeiterInnen begreifen können.

Politisch vermeidet man damit die Gefahr, staatlichen Anti-Einwanderungspolitiken zuzuarbeiten (was immer der Fall ist, wenn der Rahmen der Analyse der Opferstatus ist); stattdessen folgt daraus das Projekt eines politischen Bündnisses auf der Basis der Forderung nach Bewegungsfreiheit und dem Widerstand gegen Ausbeutung der Arbeit. ❀

Kollektiv Ava Caradonna

Kontakt via frassainfo@kein.org.

Der Text ist dem neusten « crossing borders! »-Newsletter zur Rolle der weiblichen Migration entnommen.



EUROPA VON LINKS UNTEN (9)

Frassanito

Das Frassanito-Netzwerk entstand im Sommer 2003 bei einem «no border-camp» in dem gleichnamigen Städtchen in Südapulien (Italien). Die in dem Netz zusammengeschlossenen Gruppen begreifen Migrationsbewegungen als entscheidendes Element für das Verständnis gegenwärtiger Transformationen von Arbeit und (Staats)Bürgerschaft. Seit seiner Gründung unterstützt das Netzwerk die transnationalen Kommunikations- und Organisationsprozesse, die Kämpfe von MigrantInnen in Europa und darüber hinaus – zum Beispiel im Rahmen des Europäischen Sozialforums, durch transnationale Aktionstage (seit 2004), durch den in mehreren Sprachen erscheinenden Newsletter «crossing borders!» und aktuell durch die von Februar bis Oktober dieses Jahres stattfindende transnationale Kette von migrationsbezogenen Aktionen und Kämpfen.

Frauen haben in diesem Netzwerk immer eine bedeutende Rolle gespielt – zunächst als Aktivistinnen, die ihre Erfahrungen aus der Frauenbewegung und den Kämpfen von Migrantinnen einbrachten; desweiteren aber auch, weil für die in dem Netz tätigen Gruppen die Migration von Frauen einen zentralen Ausgangspunkt bildet, um die Rolle zu verstehen, die Migrationsbewegungen insgesamt für die Veränderung der gesellschaftlichen Reproduktion und der Geschlechterbeziehungen auf globaler Ebene spielen.

*www.noborder.org/crossing_borders/index.php
frassainfo@kein.org*

NACHFRAGEN BEI AVA CARADONNA

Gefährlicher Opfermythos

Wie die Schweiz haben auch die EU und ihre Mitgliedstaaten der Schlepperei und dem Frauenhandel den Kampf angesagt. Wie bewerten Sie die entsprechende EU-Richtlinie von April 2004?

Anders als es scheinen mag, ist das Hauptziel der Richtlinie nicht der Schutz von Opfern, sondern die Verfolgung von Schleppern. Aufenthaltsgenehmigungen gibt es nur für jene Frauen, die mit der Polizei zusammenarbeiten. Mit ihrer Schwerpunktsetzung auf die Schlepperei und den Menschenhandel führt die EU in der Tat eine Schlacht – und zwar gegen die nicht bewilligte und irreguläre Migration von Frauen. Migrierende Frauen werden zu Opfern erklärt, migrierende Männer kriminalisiert. Das sind zentrale Mechanismen zur Definition und Aufrechterhaltung der Grenzen Europas. Der fast ausschliessliche Focus auf die Sex-Industrie hat historische Wurzeln. Schon an der Wende zum 20. Jahrhundert gab es den Mythos vom « weissen Sklavenhandel ». Heute geht um den neuerlichen Versuch, die Migration von Frauen zu begrenzen und Sexarbeiterinnen zu stigmatisieren.

Geht die Europaratskonvention gegen den Menschenhandel in eine andere Richtung?

Sie ist sicherlich besser als die entsprechende UN-Konvention. Jedoch liegt auch ihr Schwerpunkt darauf, Grenzkontrollen zu verstärken und zu verhindern, dass

die « gehandelten » Opfer nach Europa hereinkommen. Da die Konvention aber auf die Notwendigkeit verweist, den Opfern – wenn auch nur temporäre – Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen, lassen sich die Mitgliedstaaten sehr viel Zeit mit der Ratifizierung. Diese Zurückhaltung zeigt einige der tiefen Widersprüche in der Debatte um die Schlepperei und den Menschenhandel.

Welches wären die Alternativen für den Schutz von Migrantinnen in der Sex-Industrie?

Sich Migrantinnen als « schutzbedürftige » Wesen vorzustellen, heisst den gefährlichen Mythos fortzuführen, dass Frauen und insbesondere Migrantinnen immer schon Opfer seien. Menschen, die Gewalt oder Vergewaltigung erleiden, können als « Opfer » solcher Ereignisse verstanden werden. Es macht jedoch einen Unterschied, ob man Opfer eines solchen Ereignisses ist oder ob man generell als Opfer behandelt wird – als nicht erwachsen, als unfähig zu denken, für sich selbst zu sprechen und sein eigenes Leben zu leben. Das Netz der Viktimisierung wird dann problematisch, wenn Opfer- und Täterrollen als Identitäten und nicht als temporäre Verhältnisse behandelt werden.

Arbeiterinnen in der Sexindustrie (wie in jeder anderen Industrie) haben dann die besten Chancen sich gegen Ausbeutung und unsichere Arbeitsbedingungen zu verteidigen, wenn sie sich organisieren. Unabhängig von ihrer Intention, verstärken Kriminalisierungs- und Opferschutzprogramme die Stigmatisierung, Marginalisierung und Ausbeutung von Migrantinnen in der Sexindustrie.

Für Migrantinnen, die nach Europa kommen um zu arbeiten, gibt es im Wesentlichen drei Typen von Dienstleistungsjobs: im Haushalt, in der häuslichen Pflege und im Anbieten sexueller Dienstleistungen. Migrantinnen – so wird angenommen – stellen heute die Mehrheit derjenigen, die in Europa Sex verkaufen. Diese rassistische und geschlechtsspezifische Codierung der Arbeitsmärkte in Europa wird unterstützt und aufrechterhalten durch die Einwanderungspolitiken und Grenzregime, die Hierarchien unter den BürgerInnen schaffen. ❀

Fragen von Heiner Busch

BILD SERIE «KOPFTUCHDEBATTE»
VON ZEITPUNKTBILD,
JULIA WEBER UND SIMONE HAUG

Wir sind als freischaffende Fotografinnen tätig und befinden uns in der Endphase unseres Soziologiestudiums.

Im Sommer 2005 haben wir das Fotografinnen-Kollektiv zeitpunkt bild (www.zeitpunkt bild.ch) gegründet. Im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen sozialdokumentarische Langzeitprojekte und das Geschehen im öffentlichen Raum.

Die in diesem Heft gezeigte Bildserie «Kopftuchdebatte» zeigt auf, wie die symbolische Bedeutung des Kopftuchs vom jeweiligen Kontext abhängt.



Neue Frauenrollen und Migration

Wenn Frauen migrieren, kann das für ihre Familie nützlich sein. Doch allzu häufig legen die Gesetze der Aufnahmegesellschaft und die ökonomischen Bedingungen Steine in den Weg zur Verbesserung der Lebensbedingungen.

Für Menschen auf der Suche nach Einkommen ist Mobilität oft überlebenswichtig. Den örtlichen Lebensmittelpunkt zu verlassen, um sich anderswo Zugang zu bezahlter Arbeit zu verschaffen, ist eine gängige Strategie von Leuten, die da, wo sie leben, keine Zukunft sehen. WanderarbeiterInnen gehen und werden gerufen, denn der transnationale Arbeitsmarkt könnte längst nicht mehr funktionieren ohne mobile flexible Arbeitskräfte, die am Ort, wo sie Arbeit leisten, wenig Schutz und Rechte geniessen – und das sind längst nicht nur Männer. In vielen Sektoren sind Frauen gefragt. Typisch dafür sind die «Maquilas», die in den Norden Mexikos ausgelagerten Montagebetriebe multinationaler Unternehmen, die Migrantinnen aus der ganzen Region anziehen. Junge Frauen werden hier aufgrund ihrer Handfertigkeit und vermuteten Unterwürfigkeit bevorzugt. Aber auch die Nachfrage nach Arbeitskräften in den Metropolen des Kapitalismus, den reichen Ländern des Nordens, ist nicht geschlechtsneutral. Es braucht Frauen als Hausangestellte, Reinigungskräfte, Kindermädchen, als Pflückerinnen oder für die schlecht bezahlten Arbeiten im Pflegebereich.

Frauenmigration wächst

Dass der Anteil der Frauen an der Migration seit vielen Jahren weltweit wächst, hat aber auch damit zu tun, dass die Rollen, welche sie in den Herkunftsgesellschaften übernehmen, immer vielfältiger werden – ein Prozess, der auch von der Entwicklungspolitik unterstützt wird. Die durchgehende Gleichstellung der Geschlechter, das «gender mainstreaming» prägt seit einigen Jahren die Strategien der Entwicklungszusammenarbeit auch von NGOs und Frauenallianzen. Frauen sollen politisch aktiv sein, partizipieren und lernen. Gleichzeitig sind sie oft die einzigen, die Geld für den Haushalt aufreiben. Die «Markttauglichkeit» der Individuen gilt als Wundermittel zur Armutsbekämpfung. Für die Mikrofinanzinstitute, die diese Strategie umsetzen, sind Frauen zunehmend wichtige Kundinnen.

Migration als persönliche Armutsbekämpfung

Frauen arbeiten viel und dennoch reicht das Geld oft nicht für ihre Ausgaben als Mütter und Haushaltsvorstand. Migration bietet eine Möglichkeit, diesem Dilemma zu entkommen. Viele Frauen migrieren mit dem Ziel, in weniger Zeit genügend Geld zur Verfügung zu haben, um die Kosten decken zu können, die sich aus ihren vielfältigen Rollen im Haushalt ergeben. Sie schicken wenn irgend möglich Geld zurück, mit einer klaren Vorstellung für dessen Verwendung: für das Haus der Grossmutter, die sich um die Kinder kümmert, für die Ausbildung des Sohnes, um Land zu kaufen oder um die anstehende Operation eines Kindes zu bezahlen. Die Migration der Frauen ist für die Familie durchaus von Nutzen, Mobilität wird zu einer wichtigen Ressource eines sozialen Gefüges, zumindest



Gülseren: Die Kurdin beharrt darauf, sich mit dem Kopftuch porträtieren zu lassen, welches sie auf einem Familienfoto aus ihrer Heimat trägt. (Schweiz 2004/Kurdistan 2001).

solange die Pflege der Alten und die Erziehung der Kinder trotz der Abwesenheit der Mutter gewährleistet ist.

In vielen Fällen zerbrechen diese Strukturen, wenn die Frauen kaum oder kein Geld zurückschicken können. In hohem Masse Ausschlag gebend dafür ist der rechtliche Status in den Ländern, in die sie immigrieren. Frauen aus Ländern des Südens und Ostens haben im Wesentlichen nur zwei Möglichkeiten, legal in die Schweiz zu kommen: im Familiennachzug (eine Geschichte für sich) oder als Expertinnen. Letztere werden allerdings kaum als Migrantinnen wahrgenommen. Der Aufnahmestaat stört sich kaum an deren fehlenden Sprachkenntnissen, ihr Verdienst ist gut, das Risiko, im Teufelskreis der Armut zu enden, klein.

Wer sorgt hier für wen?

Frauen, die Mobilität als Strategie zur Verbesserung des Haushaltsbudgets wählen, weil ihnen nichts anderes bleibt, haben es schwerer. Sie kommen ohne Aufenthaltsbewilligung und sind als Sans-papiers unterschiedlichsten Diskriminierungen ausgeliefert. Sie müssen aufpassen, dass sie nicht erwischt werden, und für den Lohn kämpfen, auf den sie eigentlich Anspruch hätten. Ihre Grundrechte hängen an einem dünnen Faden. Frauen, die in ihrer Rolle als Verdienerinnen eigentlich eine starke Rolle in der Familie übernommen haben, verlieren ihre Kraft im Kampf ums Überleben im Aufnahmeland. Ihr Umfeld ist beschränkt, oft sogar auf den privaten Bereich einer modernen Familie, für die sie die Sorgearbeit leisten, damit ihre emanzipierte Arbeitgeberin ihrem Beruf nachgehen kann. Im Herkunftsland schaut die Grossmutter zu den Kindern, obschon sie Alters wegen selbst betreut werden müsste. Wer leistet Sorgearbeit für wen?

Remissen – mehr als nur Geld

Das spärliche Geld, welches die Migrantinnen nach Hause schicken, die so genannten Remissen, decken knapp die täglichen Ausgaben des Haushaltes. Sie entlasten die Rumpffamilien, die mehr Zeit in Erziehung und Pflege statt in schlecht bezahlte Lohnarbeit stecken können. Remissen bedeuten mehr Zeit. Und Zeit ist ein kostbares Gut für arme Familien. Remissen haben auch einen emotionalen Aspekt, denn damit werden soziale Netze aufrechterhalten, welche die Migrantinnen über Grenzen hinweg tragen und Raum geben, wo ihre Stärken etwas zählen. Ob die Fäden dieses Netzes halten, hängt damit weniger von der Kraft der einzelnen Frauen ab, als vielmehr von den Bedingungen, unter welchen Frauen ihre Mobilität als Ressource für die Verbesserung ihrer Lebenssituation einsetzen. ☘

Annemarie Sançar

«Weil da ein Mensch ist. Punkt.»

Unter der Gesprächsleitung von Anni Lanz diskutierten vier engagierte ehemalige Nationalrätinnen über ihren Einsatz und ihre Motivation, über Frustrationen und Hoffnung.

Anni Lanz Ich erlebte euer Engagement für die Rechte der MigrantInnen und Sans-Papiers sehr nahe und lernte viel von euch und anderen Kämpferinnen wie Angeline Fankhauser und Ursula Bäumlin. Warum habt ihr als Parlamentarierinnen die Rechte der Migrantinnen und Migranten aufgegriffen? Ein Thema, das Menschen betrifft, die euch gar nicht wählen konnten!

Anne-Catherine Menétrey-Savary

Ich war vor 40 Jahren im politischen Engagement nahe an den Arbeitern: Italiener, Spanier, die damaligen Saisoniers. 1999 habe ich mich im Kanton Waadt engagiert in der Kampagne für die bosnischen Mütter. Diese Begegnungen waren sehr aufwühlend! Später arbeitete ich mit Sans-Papiers-Frauen zusammen und bearbeitete Dossiers von gewaltbetroffenen Frauen. Meine parlamentarischen Aktivitäten waren die Konsequenz dieser Engagements.

Vreni Hubmann

Migration war bei mir schon eines meiner Hauptthemen, als ich ins Parlament kam. Ich wohnte achtzehn Jahre im Kreis 4 in Zürich und kannte viele Migrantinnen und Migranten. Wir hatten einen sehr guten Kontakt. Mir wurde so bewusst, wie schwierig die Leute es hier haben. Sie erhalten Briefe der Verwaltung, die ihnen verschlossen bleiben, die Kinder, die in der Schule sind, müssen Texte lesen, von denen sie wenig verstehen. Das sensibilisierte mich für die Migrationspolitik.

Mein Bezug zum Thema Asyl dagegen ist zufällig. Ich wäre gerne in die Gesundheitspolitik gegangen, wurde aber gegen meinen Wunsch in die Staatspolitische Kommission SPK eingeteilt. Hier stand die Totalrevision des Asylgesetzes von 1995 an. Ich lernte wirklich alles von der Pike auf, wurde so zur Fachfrau. Später habe ich von der Freiplatzaktion Zürich eine Kurdenfamilie zugeteilt erhalten mit einem ablehnenden Entscheid. Man forderte mich auf, eine Revision zu machen.



Solidarité sans frontières

Dafür kannte ich mich zwar zu wenig aus, aber schliesslich bin ich mit meinem Namen für den Fall eingestanden. Die Familie konnte später hier bleiben und ist heute sogar eingebürgert. Diese eigentlich wunderbare Geschichte hat mich sehr bewegt, weil ich hautnah das Auf und Ab miterlebt habe.

Ruth-Gaby Vermot-Mangold

Ich gehörte als Kind selbst zu den Ausgegrenzten. Wir waren arm. Ich hatte mich für meine Rechte immer zu prügeln. Das gehört zu mir. Ich bin deswegen nicht frustriert. Aber ich lernte, dass ich kämpfen muss, wenn ich ein Studium

«Mein Engagement hat mit meiner tiefsten Überzeugung zu tun.»

machen will, wenn ins Gymnasium gehen will... An der Universität hatte ich dann ein Schlüsselerelebnis. Ich begann Kunstgeschichte zu studieren, was überhaupt nicht zu mir passt und nicht zu meiner Denk- und Familienkultur gehört. Nach einem Jahr hat der Professor zu mir gesagt, «Fräulein Mangold, wissen Sie, wenn man Kunstgeschichte studiert, muss man auch Kultur haben. Und sie haben keine Kultur.» Da bin ich aufgestanden, hielt ein Plädoyer, was Kultur ist, und ging dann zu den Ethnologen. Ich verbrachte einen grossen Teil meiner Berufsarbeit in Afrika und wurde immer wieder konfrontiert mit Vertreibung und Krieg, mit Menschen, die keine Rechte haben, mit häuslicher Gewalt. Ich wusste: da ist mein Wirkungsbereich. Im Stadt- und Grossrat waren das bereits meine Themen. Im Nationalrat ging ich darum in die SPK. Im Europarat habe ich mich für die Migrationskommission gemeldet. Ich besuchte Flüchtlingscamps in vielen Kriegsländern, war Sprecherin

DOSSIER 1 – 2008
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

MÄRZ 2008

ENGAGIERTE FRAUEN

für den Südkaukasus, hatte zu tun mit Flüchtlingen in Georgien, Aserbeidschan, Armenien und Tschetschenien. Ich sah, was es bedeutet, Flüchtling zu sein und keine Chancen zu haben. Das sah ich auch in der Schweiz. Dies war mein Motor, dafür zu kämpfen, dass auch Menschen auf der Flucht oder MigrantInnen die Rechte gewährt werden, die ihnen zustehen...

Dies sprach sich herum. Ich hatte immer eine grosse Anzahl Dossiers mit Einzelschicksalen auf meinem Pult. Einige konnten bleiben, dank Interventionen eines Kreises engagierter Leute, zu denen ich auch gehöre. Eine Vielzahl musste gehen. Ich habe einige besucht, in Bosnien und Kosova, und dort gesehen, dass sie oft in Arbeitslosigkeit und Alkoholismus landeten – neben anderen, guten Beispielen von Menschen, die sich eine bescheidene Existenz aufgebaut haben. Es gibt beides.

Asyl, Gewalt gegen Menschen, Menschenrechtsverletzungen – diese Themen sind der rote Faden in meinem Leben. Und das ist ein guter roter Faden.

Cécile Bühlmann Ich wurde oft gefragt, weshalb ich mich diesen unspektakulären Themen widme. Das sei doch masochistisch und bringe nicht einmal WählerInnen. Aber diese Frage stelle ich mir nicht. Mein Engagement hat mit meiner innersten Überzeugung zu tun. Ich kann nicht in einer Gesellschaft

Dossier aus dem
Bulletin 1 – 2008

Solidarité sans frontières
Neuengasse 8
3011 Bern

www.sosf.ch
sekretariat@sosf.ch
Fon 031 311 07 70
Fax 031 311 07 75

PC 30-13574-6



leben und zusehen, wie andere keine Rechte und keine Perspektiven haben. Der Zufall hat mich hierher geworfen, in dieses Land mit diesen Möglichkeiten, das war für mich wie eine Verpflichtung. Eine Verpflichtung, die ich nie als Pflicht angeschaut habe, sondern als Selbstverständlichkeit.

«Ich fürchtete den Rechtsstaat in Gefahr.»

Es gibt sicher auch einen roten Faden in der Biographie. Meine Mutter war Italienerin. Ihre Diskriminierung und dann später meine eigene Diskriminierung als Frau überhaupt haben mich sensibilisiert – vielleicht ein Teil der Antwort auf die oft gestellte Frage, weshalb sich so viele Frauen in diesem Bereich engagieren. Ich spezialisierte mich als Lehrerin auf die Schulung von Migrantenkindern. Als ich in den Nationalrat kam war mir klar, ich gehe in die SPK. Ich musste wirklich nicht kämpfen um den Sitz... Ich bedaure, dass Migration kein grösserer thematischer Punkt ist bei den Grünen und an wenigen Personen hängt. Als in den 90er Jahren die extreme Rechte erstarkte und ich als Vizepräsidentin der Rassismuskommission immer gefragter war in den Medien, da hätte ich mich manchmal gerne geduckt. Wären wir doch mehr gewesen! Man konnte uns einzeln abschiessen, so habe ich empfunden. Ein kleines Häufchen von Aufrechten... (lacht)

Menétrey Unser Engagement ist sehr belastend, weil es um Menschen geht, oft in schwierigen Situationen. Aber es ist auch für mich ein selbstverständliches Engagement. Meine Reisen als junge Frau durch die Sahara, wo ich Menschen traf, auf der Suche nach Wasser, zukünftige Asylsuchende, das hat in mir eine Offenheit geweckt gegenüber der Welt und gegenüber anderen Kulturen. So ist dieses Engagement wirklich ein Teil meiner Person.

Vermot Wir waren und sind auch in der SP wenige und es ist in der Öffentlichkeit ein «Pfui Thema». Eigentlich müsste es ja gelingen, nicht immer in Extrempositionen zu kommen, wenn man für diese Leute kämpft. In unseren Parteien müsste dieses Thema von vielen mitgetragen werden.

Bühlmann Ich bin immer für Grundrechte, für Menschenwürde eingestanden. Das sind zentrale Werte. Wenn ich für sie kämpfe, dann tue ich das für die Menschen generell, nicht als extreme Gegenposition zu Rechtsaussen. Aber durch die andauernde Polarisierung wurden Asyl- und Migrationspolitik zu einem Schwarz-Weiss Thema.

Dabei sind Rassismus und Menschenwürde kein «Arena»-Thema, das kann man doch nicht zur Disposition stellen! Es gibt aus meiner Sicht keine Position, moralisch einwandfrei rassistisch zu sein oder gegen die Menschenrechte. Aber in der Verdummung der polarisierenden Medienwelt war diese Haltung kaum zu verteidigen... so war ich dann häufig die naive, blauäugige Gutmenschin. Ich versuchte jeweils zu erklären, auch ein unsympathischer Ausländer habe Anrecht auf Menschenwürde. Das ist nicht eine Frage der Sympathie! Aber selbst bei den Linken wurde es zusehends schwieriger, das zu platzieren.

Bei der Frage der Nothilfe hat sich dieser Kern der Sache manifestiert: selbst wenn jemand nicht mitmacht, ihm steht das Recht, nicht zu verhungern, einfach zu. Weil da ein Mensch ist. Punkt.

Menétrey Der Respekt der Grund- und Menschenrechte ist auch mir wichtig. Zusätzlich erlebte ich es aber immer als Freude, Menschen zu begegnen, die anders sind. Es ist auch ein Interesse an der Kultur. Welche kulturellen Beiträge bringen uns MigrantInnen, sei es nun beim Essen, in der Musik, im Lebensstil – das ist alles sehr positiv und motiviert mich ...

Bühlmann ...ja, bitte, lasst uns mit den Schweizern nicht allein! (alle lachen. Als Folge der Missbrauchs-Kampagnen erlebe ich übrigens einen grassierenden Mangel an Empathie. Das betrifft auch Einheimische am Rande der Gesellschaft. Dass Leute sich nicht mehr betreffen lassen von den Bildern der Flüchtlinge, die im Mittelmeer ertrinken, das kann ich nicht nachvollziehen!

Vermot Ich bin froh, über Anne-Catherines Bemerkung. Wir stellen oft nur die Probleme in den Vordergrund. Dabei ist die andere Seite, diese Freude, die ich erlebe an Festen, zu denen ich eingeladen bin, eine wesentliche Bereicherung unserer Arbeit und gibt Kraft: das positive Fremde der Kulturen.

Lanz Ich möchte weiterleiten von den fremden Kulturen zur Bundeshauskultur. Eine Sache für sich. Ihr wart zwar nicht Einzelkämpferinnen, aber doch sehr wenige. Wie habt ihr das erlebt?

Hubmann Ich fand es wahnsinnig schwierig. Vor allem Bürgerliche wollten nicht verstehen, wovon wir sprachen. Auch bei uns gab es solche Stimmen. Andi Gross sagte uns einmal «Weisst Du, das mit den Asylgeschichten interessiert mich überhaupt nicht. Ich mache lieber staatspolitische Dinge, da müsst ihr mich nicht dazunehmen, macht ihr das, das ist schon gut so.» Es ist also nicht nur ein Problem der Bürgerlichen! Ich darf allerdings Veränderungen feststellen. Noch 1996, als wir in der Fraktion thematische Arbeitsgruppen bildeten, meldete ich mich als Einzige im Asylbereich. Als es aber um das Asyl- und Ausländergesetz ging, da machte die Partei mit. Hansjörg Fehr engagierte sich als Präsident massiv.

Positiv überrascht war ich davon, wie viele Leute aus Kirchenkreisen sich massiv gegen das Asylgesetz einsetzten. Traurig war, dass Doris Leuthard, die Bundesrätin werden wollte, aus Wahltaktik die JA-Parole stützte. Sie tönte plötzlich anders als in der Kommission.

«Ohne die Erfahrungen der Bewegungen geht nichts.»

Umgekehrt haben sich bei der CVP auch Männer klar gegen die Gesetze ausgesprochen. Dennoch: Männer würden sich wohl mehr in diesen Bereichen einsetzen, wenn man bedeutend werden könnte...

Vermot Kränkend erlebte ich die Beratung des Asyl- und Ausländergesetzes. Man wurde ausgelacht und mit Gehässigkeiten überhäuft in der Kommission von Seiten der SVP. Die CVP bestand aus Hardlinern, die FDP hatte ihren berühmten Müller.

Schlagende einfache Argumente auf unserer Seite waren rar, wir mussten und wollten die komplexe Materie differenzieren. Als Antwort ernteten wir auch in der «Arena» einfach Gelächter und Herabwertung. Nur dank verbündeter Frauen und Männer verlor ich nicht den Mut, wurde nicht verbittert.



Bühlmann Die parlamentarischen Rechte wurden mit Füßen getreten. Die zweite Vorlage zu den Gesetzen kam ja ohne Botschaft, ohne ordentliche Vernehmlassung. Wie wir da von Blocher ausgetrickst wurden, das war in vierzehn Jahren meine schlimmste Erfahrung als Nationalrätin. Die bürgerliche Seite schluckte dies einfach! Ich stellte erfolglos den Antrag, die Vorlage zurückzuweisen und zumindest eine neue Botschaft zu verlangen, denn die neue Vorlage stimmte ja überhaupt nicht mit der Botschaft des Bundesrates überein! Einen so massiven Umbau eines Gesetzes während des Verfahrens gab es noch nie.

Ich fühlte eine absolute Machtlosigkeit. Ich fürchtete den Rechtsstaat in Gefahr, wenn das einreisst.

Menétrey Mich hat es am meisten berührt, des Gutmenschentums angeklagt zu werden. Nach einem Moment des Selbstzweifels sagte ich mir jedoch: warum sollte ich keinen Realitätsbezug haben, währenddem die SVPLer, welche nie mit einem Direktbetroffenen gesprochen haben, dies für sich in Anspruch nehmen?! In der Folge frappte mich in den Reihen der Bürgerlichen denn auch das absolute Unverständnis für die tatsächliche Situation. Sie waren es nämlich, die die Sachen nicht so sehen, wie sie sind!

Hubmann Als wir unter Ruth Metzler das Gesetz im Nationalrat durchberaten haben, gab es doch einige Verbesserungen. Dass Blocher im entscheidenden Moment Bundesrat wurde hat dann die Debatte verschärft. Alleine hätte er allerdings nichts machen können.

Ich war dabei am 17. März 2005 an der Beratung des Ständerates, bass erstaunt. Trix Heberlein hat gesagt, wir wollen das so und so, Blocher erzählte noch zwei, drei Stories, wie er das immer macht. Dann wurde abgestimmt. Und alles war bewilligt. Wir konnten schliesslich im Nationalrat nur den Punkt mit der Nothilfe korrigieren. Der Rest ging auch hier diskussionslos durch, beim gleichen Parlament, das vorher der anderen Version zugestimmt hatte. Dafür haben die Bürgerlichen eine starke Mitverantwortung.

Lanz Welche Bedeutung hatten denn die NGOs für eure Arbeit als Parlamentarierinnen?

Bühlmann Sie waren ganz wichtige Ressourcen. Ich war ja anfangs keine Asylspezialistin! Ich verstand mich als die, welche ins Parlament bringt, was gescheite Leute vor- und mitgedacht haben.

Hubmann Das Know-How zum Beispiel von Solidarität sans frontières half uns, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Eure Erfahrungen gaben uns die nötige Bodenhaftung. ParlamentarierInnen sind oft überfordert. Sie müssen in kurzer Zeit ganz viel bearbeiten. Ich war sehr dankbar für die gemeinsamen Sitzungen und kam auch immer gern an die Treffen.

«Die Kampagne gegen Fremde ist alt.»

Menétrey In meinem Kanton ist die Bewegung im Migrationsbereich sehr stark, das ist ein Glück. Es gibt seit den 90er Jahren das Mouvement pour le soutien aux sans-papiers. Dies sollte auch der Bewegung für die «523» abgewiesenen Asylsuchenden nützen. Und Refugien in den Kirchen haben hier eine Tradition, das half auch mir.

Bei der «Plattform pour les Sans-Papiers» später habe ich natürlich auch von den NGOs profitiert. Gerade eben organisierte die Plattform einen runden Tisch zum Thema «Heiraten». Der oberste Zivilstandsverantwortliche des Kantons Waadt sprach danach die anwesenden BasisaktivistInnen an. Es war faszinierend. Er erklärte ihnen in gutem Glauben ausführlich, wie das Gesetz umgesetzt werde. Und sie waren bass erstaunt. Denn sie wussten, dass das überhaupt nicht so passiert, wie er es erklärte. Dies wiederum hat ihn natürlich ziemlich überrascht. Hier sieht man, wie wichtig Leute an der Basis sind: Sie können den Verantwortlichen die Wirklichkeit, so wie sie sich tatsächlich abspielt, unter die Nase reiben. Mein Fazit: Ohne die Erfahrungen der Bewegungen könnte man überhaupt nichts bewirken!

Vermot Wenn ich durch NGOs oder durch eigene Erfahrung abstrakte Gesetzesartikel mit konkreten Fällen illustrieren konnte, war das immer hilfreich. So berichtete uns augenaufl beim Zwangs-anwendungsgesetz vom Fall eines jungen Kongolesen. Er wurde gefesselt und

mit Windeln in einem Sonderflug nach Kongo zurückgeschafft, wo er direkt im Gefängnis landete. Aufgrund seiner «Verpackung» dachten alle, das sei ein Schwerstverbrecher. Sein «Verbrechen» war aber nur die Weigerung, zurückzufliegen! Dieses Beispiel unterstützte unsere Argumentation – half aber nicht gegen die Verschärfung des Gesetzes.

Hubmann Ich stellte in der SPK den Antrag, auch Betroffene einzuladen. Als der Antrag schliesslich bewilligt wurde, wurden drei Migrantinnen und Migranten aus der Ausländerkommission eingeladen... sonst niemand. Selbst das erst nach heftigem Drängen meinerseits. Das heisst, diese Gesetze wurden gemacht, ohne je Betroffene einzubeziehen!

Lanz Bei der Ausländergesetz-Einführung engagierten sich auch viele Migrantinnen. Es war wichtig, dass sie ihre Geschichte auch eingebracht haben – ich habe diese Drehbücher noch heute. Es war ein wirkliches Gemeinschaftswerk, das war auch lustvoll.

Bühlmann Ich erinnere mich auch an die bosnischen Frauen bei der Debatte des Asylgesetzes. Sie haben Geschenke für jedes Ratsmitglied mitgebracht, mit Namen angeschrieben in Körben in der Wandelhalle. Zwar blieben jene für die bürgerliche Seite oft liegen. Aber diese Frauen haben viele zum Diskutieren angeregt. Sie wollten den Volksvertreterinnen und Volksvertretern die Hand schütteln – und die wollten das eigentlich gar nicht. Es war ein sehr menschlicher Auftritt, so klar, man hätte hier viele Informationen bekommen... Ehrlicherweise muss ich aber auch zugeben, dass ich selbst manchmal diese persönlichen Schicksale fast nicht mehr ausgehalten habe. Oft hoffnungslose Geschichten. Ich hatte ja keinen besonderen Zugang zu der bürgerlichen Bundesrätin Metzler, so hab ich manchmal Fälle zu Rosemarie Dormann oder Judith Stamm geschickt. Die Leute, die zu uns kamen, haben riesige Hoffnungen damit verbunden, weil wir im Parlament waren – dabei waren wir hier ja auch meist in der Minderheit!

Lanz Bei den bosnischen Frauen war es aber doch toll! Die hatten zwar alle schlimme Dossiers, aber sie sind wirklich äusserst aktiv von Stelle zu Stelle gegangen, von Parlamentarierin



zu Parlamentarier. Und haben alle in die Mangel genommen (alle lachen). Und sie kämpften alle für alle zusammen. Das hat mich sehr beeindruckt. Etwas später haben das auch die Frauen aus Kosovo gemacht. Das waren für mich Highlights meiner Arbeit, dieser Kampf, den sie selbständig führten.

Menétrey Wir hatten übrigens, das muss ich fairerweise ergänzen, auch gewisse Unterstützung aus bürgerlichen Kreisen. Im Rahmen der ersten Kampagne für die Sans-Papiers konnten wir etwa zwanzig Parlamentarier dafür gewinnen, einen Brief zu unterschreiben. Nicht nur Freisinnige, sondern sogar Bugnon von der SVP. Auf Claude Ruey von den Liberalen war immer Verlass. Es gilt anzuerkennen, dass es diese Unterstützung gab, tatsächlich vielleicht mehr in der Romandie...

Bühlmann ...effektiv! Ich erinnere mich sehr gut, vor einem Ausflug nach der Wahl eines Bundespräsidenten gab es viel Ärger. Die Romands waren frustriert über ihre eigenen Fraktionen. In der Konsequenz gingen einige Romands nicht an dieses Fest. So wütend waren sie über das Mundtotmachen jener, die sich gegen die Verschärfungen gewehrt haben. In der Deutschschweiz merkte man davon sehr wenig.

Hubmann Eine positive Erinnerung habe ich an Dorle Wallender. Sie erreichte, dass auch ihre freisinnigen «Fraktionsbrüder», wie sie jeweils sagte, den einen oder andern Antrag unterstützten. Als aber Dorle nicht mehr im Rat war, haben die gleichen Leute dann umgekehrt mit Philipp Müller gestimmt.

Positiv erwähnen möchte ich auch die Revision des Bürgerrechtsgesetzes. Dort hat mich Ruth Metzler stark beeindruckt, die die Vorlage mit Herzblut verfocht. Wäre sie nicht abgewählt worden, dann wäre die erleichterte Einbürgerung der zweiten und dritten Generation beim Volk durchgekommen. Sie hätte das engagiert vertreten und wäre auch von der CVP aktiver unterstützt worden. Blocher dagegen hat in der «Arena» dieses Gesetz einfach sabotiert und klar gemacht hat, dass er dagegen ist. Dies führte zusammen mit der massiven Kampagne dazu, dass die Vorlagen abgelehnt wurden: für mich das schmerzlichste Erlebnis meiner ganzen Parlamentarierinnen-Karriere.

Bühlmann Ich war in dieser «Arena». Nach der Aufzeichnung bin ich zu Blocher rübergegangen und habe ihn angebrüllt, er wäre gescheitert zu Hause geblieben. Bei jedem Satz merkte man, dass er sich über das Gesetz mokiert und genau das Gegenteil denkt von dem, was er noch pro forma sagen musste.

«Diese Gesetze wurden ohne die Betroffenen gemacht.»

Die Kampagne gegen Fremde ist ja alt. Dass man ein Gesetz wie das Bürgerrechtsgesetz kehren konnte, dass man uns beim Asyl- und Ausländerrecht die rechtlichen Grundlagen verweigern konnte, um das Gesetz zu beraten, all dies wuchs auf diesem Boden. Dieser Boden macht mir grosse Sorgen. Pikant war, dass nun der Leader dieser Bewegung als Verantwortlicher vorne in der Kommission sass. Welcher Affront für viele MigrantInnen – und ein grosses Glück, dass er heute wieder weg ist!

Lanz Tun sich dadurch nun wieder neue Wege auf? Was würdet ihr den NGOs aber auch euren Nachfolgerinnen raten? Was war zentral für eure Arbeit?

Bühlmann Sich nicht einschüchtern lassen. Für das, was man als richtig empfindet, hinstehen. Das ist locker gesagt, aber sehr schwierig. Auch vom Gutmenschen Diskurs darf man sich nicht klein machen lassen. Wenn wir oder unsere Nachfolgerinnen jetzt schweigen, wäre das der totale Sieg derer, die das jetzt in ersten Etappen geschafft haben.

Menétrey Nie stehen bleiben, dieses Thema nicht fallen lassen! Die Zeiten sind hart und bereits neue Verschärfungen angekündigt. Dass es umgekehrt das Doppelreferendum gab, war doch ein wichtiges Zeichen – selbst wenn die Gesetze schliesslich angenommen wurden. Ein Teil der Bevölkerung will dieses Thema nicht der Rechten überlassen, die Bewegung will weiter kämpfen. Zwar sind einige ermüdet. Aber es gibt auch Widerstand, der weitergeht, und hier muss man auch die Verbindung ins Parlament finden. Eine Herausforderung ist immer die Kontinuität. Momentan überlegen wir, wer die Plattform für die Sans-Papiers übernehmen könnte.

Eine schwierige Aufgabe. Aber unser Versuch, trotz aller Schwierigkeiten die Dinge beim Namen zu nennen, muss weitergehen. Ich habe im Rückblick das Gefühl, manchmal wirklich auch sehr lästig gewesen zu sein, auch persönlich gegenüber zum Beispiel Herrn Gnesa. Das bleibt weiterhin nötig.

Vermot Ich bin ja nun Präsidentin der Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht. Wir sammeln gemeinsam mit den NGOs Material, um dieses auch bei Wiederaufnahme der Beratung des Asylgesetzes einzubringen.

Ganz wichtig ist es, Kolleginnen zu haben und Kollegen, die dieses Thema aufnehmen. Die SP hat mit Ada Marra und Andy Tschümperlin zwei gute Leute in der SPK. Aber wir müssen sowohl von Seiten der Organisationen als auch als Kolleginnen diese Leute ermutigen und unterstützen. Die engagierten Organisationen dürfen die Flüchtlings- und Migrationsfrage nicht dem Parlament allein überlassen. Sie müssen sich unerbittlich einmischen.

Hubmann Der Kontakt mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern bleibt zentral. Neue Leute bringen als Vorteil vielleicht eine neue Sicht ein. Aber sie kennen die ganze Vorgeschichte nicht. Oft reden Leute über irgend etwas, dessen Geschichte sie gar nicht kennen, inklusive Blocher. Wir müssen dieses Wissen intern vermitteln.

Zum Schluss möchte ich meinen vorsichtigen Optimismus formulieren, dass mit der neuen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf vielleicht etwas mehr möglich wird. Sie politisiert von der Sache her, weniger ideologisch. Wenn man's geschickt anpackt könnten wieder bessere Lösungen möglich werden.

Menétrey Zur Ermutigung möchte ich anfügen, dass im Kanton Waadt wegen der starken Unterstützungsbewegung doch ein grosser Teil der «523» eine Aufenthaltsbewilligung erhielten. Der berühmte Artikel 14 des Asylgesetzes erlaubte es dem Kanton, gegen 300 Personen zu regularisieren. Die Bewegung kann effektiv wirksam sein! Klar stecken wir immer wieder in Sackgassen, aber wir müssen in dieser Richtung weiterkämpfen: das könnte auch in anderen Kantonen stattfinden!

Lanz Ich danke euch für das Gespräch! ❀

KURZ UND KLEIN

KAMPAGNENSTART
BLEIBERECHT FÜR ALLE

Zürcher Grossmünster für einen Tag besetzt

Am Mittwoch, 19. Dezember 2007 besetzten rund 120 Flüchtlinge und SympathisantInnen die Zürcher Grossmünster-Kirche. Mit dem weihnachtlichen Aktions-Motto «...und sie fanden keine Herberge!» erinnerten sie die Kirche an ihre Verantwortung gegenüber die von unseren Gesetzen ausgegrenzten Menschen. Im Hinblick auf die vollständige Inkraftsetzung der neuen Asyl- und Ausländergesetze sollte mit der Besetzung die Kampagne «Bleiberecht für alle» öffentlich lanciert werden (vgl. dazu unser Dossier in der letzten Nummer des Bulletins). Am Weihnachtskonzert am Mittwochabend durften die BesetzerInnen auf Anstoss der MusikerInnen teilnehmen und erhielten die Gelegenheit, den KonzertbesucherInnen ihre Anliegen mitzuteilen. Zudem wurde auf Initiative der Kirche ein Gespräch einer Delegation mit dem Kirchenratspräsidenten Ruedi Reich und dem zuständigen Regierungsrat Hans Hollenstein ermöglicht.

Nach langer nächtlicher Beratung gingen die BesetzerInnen auf den Vorschlag der Kirchgemeinde ein, das Grossmünster nach ihrer Pressekonferenz gegen Donnerstagmittag zu verlassen und in den Saal des Kirchgemeindehauses St. Jakob umzuziehen. Hier fand am Abend auch eine Informationsveranstaltung mit dem Ausländerrechts-Spezialisten Marc Spescha statt. Die Aktion wurde am Freitag abgeschlossen.

www.bleiberecht.ch

ABSCHAFFUNG DES F-STATUS!

Marsch der Somali nach Bern

Am 20. Dezember 2007 starteten sieben somalische Flüchtlinge von Zürich aus einen Protestmarsch in Richtung «Bundesamt für Migration» in Bern/Wabern. Mit der Zeit schlossen sich über 70 SomalierInnen und SympathisantInnen dem Marsch an. Mit ihrem Marsch machten die Flüchtlinge auf ihre prekäre Situation in der Schweiz aufmerksam. Sehr viele SomalierInnen leben seit über einem Jahrzehnt mit einer «vorläufigen Aufnahme» (Ausweis F) hier. Auch wenn die gesetzlichen Einschränkungen für

diesen Status reduziert wurden, wäre es dringend, allen Menschen, die bereits seit Jahren hier sind, eine Aufenthaltssicherheit zu gewähren. Mit einem F-Status bleibt es weiterhin sehr schwierig, eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz zu finden. Zum Abschluss des 14-tägigen Marsches fand am 4. Januar eine Demonstration in Bern vor das Bundesamt für Migration statt, zu der zweihundert somalische Flüchtlinge aus der ganzen Schweiz anreisten.

HIN- STATT WEGSCHAUEN!

Beobachtungsstelle Asyl-/Ausländer- recht startet

Nachdem in Genf bereits letzten April als Pilotprojekt die Beobachtungsstelle Asyl- und Ausländerrecht ihren Betrieb aufgenommen hatte, konnte der gesamtschweizerische Verein «Für eine Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht» nun die Ausweitung auf die ganze Schweiz bekannt geben. Eine Stelle in St. Gallen und im Tessin nahmen anfangs 2008 ihre Arbeit für die deutsche und die italienische Schweiz auf. Die Koordination und Auswertung der gesammelten Berichte übernimmt das Sekretariat in Bern, welches in der Neuengasse 8 in einer Bürogemeinschaft zusammen mit Solidarité sans frontières angesiedelt ist. An der Generalversammlung vom 9. Februar 2008 wurde die

**Sale: Die Kopfbedeckung
wird kommerzialisiert.**



ehemalige Nationalrätin Ruth-Gaby Vermot als Präsidentin gewählt, das Vize-Präsidium bekleidet Boël Sambuc, die Vizepräsidentin (bis Ende 2007) der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR). Präsident des Unterstützungskomitees ist alt Bundeskanzler François Couchepin.

www.migrantsrightswatch.ch

STIMM- UND WAHLRECHT

Anlauf in Bern, keine Ausweitung im Waadtland

Mit einer Volksinitiative «zäme lebe – zäme schtimme» nehmen diverse Parteien der Linken, die Gewerkschaften und weitere Organisationen einen neuen Anlauf, um das kommunale Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen im Kanton Bern zu verankern. Die Anfang Januar lancierte Initiative soll es den Gemeinden erlauben, AusländerInnen, die seit zehn Jahren in der Schweiz und seit fünf Jahren im Kanton leben, politische Rechte einzuräumen. Städte wie Bern, Biel und Moutier wollen das bereits seit langem, können es aber nicht, weil es das Kantonsparlament mehrfach – zuletzt im Januar 2007 – ablehnte eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen.

Im Kanton Waadt existiert das kommunale Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen seit Inkrafttreten der neuen Kantonsverfassung im Januar 2004 – und



KURZ UND KLEIN



zwar in allen Gemeinden. Nur knapp – mit 67 gegen 66 Stimmen – lehnte das Waadtländer Kantonsparlament am 15. Januar dieses Jahres eine Verfassungsinitiative von «A gauche toute» ab, die Nicht-SchweizerInnen auch auf kantonaler Ebene diese Rechte einräumen wollte.

Protestaktion Solinetz Ostschweiz

Ein «Herz aus Eis» – klarer hätte die schweizerische Asylpolitik nicht symbolisiert werden können, als an der Protestaktion des Solidaritätsnetzes Ostschweiz am 9. Januar 2008 in Flums. Die Zivilschutzanlage der Gemeinde ist eine der Unterkünfte, die der Kanton St. Gallen für die Ausrichtung der Nothilfe ausersehen hat. Sie ist feucht, hat nur kaltes Wasser, die Betten sind nur mit Schaumstoffmatratzen ausgestattet, Kissen oder Bettwäsche gibt es nicht. Die Anlage ist ausserdem zwischen acht Uhr Morgens und acht Uhr abends geschlossen. Die dort Untergebrachten haben den Tag draussen zu verbringen. Ihr Leben sollen sie mit acht Franken täglich betreiben.

Mit dem Inkrafttreten der Asylgesetzverschärfung zum Jahresbeginn sind nicht mehr nur Asylsuchende mit Nicht-Eintretensentscheid, sondern sämtliche Abgewiesenen von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Rund 200 Personen sind im Kanton St. Gallen neu von dieser Situation betroffen und werden aus den bisherigen Unterkünften rausgeworfen.

www.solidaritaetsnetz.ch

BASLER AUSSCHAFFUNGSKNAST

Unhaltbare Situation im Bässlergut

Während des Abstimmungskampfes um das neue Asyl- und Ausländerrecht hatten die Behörden beteuert, mit den verschärften Zwangsmassnahmen vorsichtig umgehen zu wollen. Das Gegenteil sei der Fall, hielt das Solidaritätsnetz Basel bereits im vergangenen Jahr fest. «Die Fremdenpolizeien beantragen häufig die Durchsetzungshaft und die Haftrichter heissen die Anträge gut.» Die Situation im Bässlergut habe sich dadurch weiter verschlechtert, viele Häft-

linge sassen schon seit über einem Jahr ein. Das Basler Ausschaffungsgefängnis sei nicht für eine lange Haftdauer konzipiert. «Zahlreiche Häftlinge verfallen denn auch in depressive Zustände oder leiden unter anderen gesundheitlichen Störungen.» Es gäbe kaum Bewegungsmöglichkeiten und telefonieren könnten die Insassen nur alle zwei Tage – und das obwohl sie in Administrativ- und nicht in Untersuchungshaft sassen.

Nach ersten Zellenbränden im September waren sämtliche Gefangene der betroffenen Abteilung ins Untersuchungsgefängnis Waaghof verlegt worden und sassen dort auch unter U-Haft-Bedingungen (23 Stunden Einschluss) ein. Nach einem neuen Brand im November verbot die Gefängnisleitung während einer Woche sämtliche Besuche. Auch danach waren Haftbesuche nur noch eine statt zwei Stunden pro Tag möglich. Die Gefangenen dürfen auf den Zellen auch keine Bücher, Gebetsteppiche oder Kleider zum Wechseln haben, weil diese ja brennen könnten.

STANLEY VAN THA

Ausgeschaffter burmesischer Flüchtling zurück in der Schweiz

Am 5. Januar 2008 landete Stanley Van Tha auf dem Flughafen Zürich. Im April 2004 war der Mann an einen Rollstuhl gefesselt und geknebelt ausgeschafft worden, nachdem sowohl das Bundesamt für Migration als auch die Asylrekurskommission sein Gesuch abgelehnt hatten. Bereits am Flughafen von Rangun war er damals von Beamten des Militärischen Geheimdienstes misshandelt worden, einige Monate später verurteilte ihn die Justiz des burmesischen Militärregimes zu neunzehn Jahren Haft.

Im November 2007 liessen ihn die Behörden zusammen mit fünf weiteren Gefangenen frei. Alle seien in einem erschreckenden gesundheitlichen Zustand gewesen, erklärte die Schweizer Dokumentarfilmerin Irene Marty. Sie organisierte auch den Fluchthelfer, der Van Tha illegal über die Grenze nach Indien brachte.

Das BFM sieht indessen keinen Grund, sich für den offensichtlichen Fehlentscheid zu entschuldigen oder gar eine Entschädigung zu zahlen. Nach damaligem Kenntnisstand sei der Entscheid richtig gewesen. Van Tha war 2003 mit einem

KURZ UND KLEIN



gültigen Pass in die Schweiz eingereist, was auch der Grund war, weswegen ihm weder das BFM noch die ARK glaubten. Merke: Ein «echter» Flüchtling kann keine Papiere haben. Flüchtlinge, die ohne Papiere einreisen, begehen aber «Asylmissbrauch». Auf ihre Gesuche wird nicht eingetreten.

BETTELVERBOT

Klage in Genf, Referendum in Bern

Noch im Sommer 2007 hatte der Genfer Staatsrat Laurent Moutinot erklärt, Bettler nicht mehr verfolgen zu lassen, weil es dafür keine rechtliche Grundlage gäbe. Im November lieferte das Kantonsparlament diese Rechtsgrundlage nach und beschloss auf Betreiben der SVP und der Liberalen ein Gesetz, das die Verhängung von Bussen gegen Bettler erlaubt. Die Vereinigung «Mesemrom», die die Rechte von Roma verteidigt, klagt nun vor dem Bundesgericht und fordert die Annullierung des Ende Januar in Kraft getretenen Erlasses. Bereits im November hatte die Stadt Genf mehrere Dutzend rumänische Roma aus ihren behelfsmässigen Lagern geholt und in Sozialunterkünften untergebracht. Nach Auffassung von Mesemrom habe diese Aktion in erster Linie dazu gedient, die Leute zu erfassen und ihnen im Wiederholungsfall die Einreise in die Schweiz zu verweigern.

Über 2100 Unterschriften kamen beim Referendum gegen das Stadtberner Bahnhofsreglement zusammen – 1500 waren erforderlich. Das im November 2007 von der mehrheitlich rot-grünen Stadtregierung eingebrachte und vom

Stadtrat abgesegnete Regelement sieht unter anderem ein Bettelverbot im und im Umfeld des Bahnhofs. Linke Basisgruppen hielten dagegen: «Der öffentliche Raum gehört allen.»

DISKRIMINIERENDE
GESUNDHEITSPOLITIK

Widerrechtlicher Krankenkassen-Ausschluss

An einer Medienkonferenz am 5. März, die von IGA Sos-Racisme Solothurn initiiert wurde, wiesen Vertreter aus Solothurn, Aargau und Zürich auf den klar widerrechtlichen Ausschluss aus der obligatorischen Krankenversicherung von abgewiesenen Asylsuchenden durch verschiedene Kantone hin. Zum Teil verwenden die kantonalen Verantwortlichen juristisch absurde Begründungen, um diese Praxis zu begründen, die klar gegen Bundesrecht verstösst.

EINZELFALL-KAMPAGNE

Für das Bleiberecht von Dieudonné

Bereits im Dezember lancierte Solidarité sans frontières eine Petition zur Unterstützung von Dieudonné Mpiana. Dieudonné lebt seit 17 Jahren in der Schweiz. Trotz eines Härtefallgesuchs und unterdessen zwei Gesuchen zur Erteilung einer vorläufigen Aufnahme durch den Kanton Bern zeigt sich das Bundesamt für Migration stur. Nun ist Dieudonné vom Sozialhilfeausschluss bedroht. Pikantes Detail an der Geschichte: Dieudonné hatte bei seinem Asylgesuch seine korrekten Papiere abgegeben – aber sie gingen bei den Behörden verloren! News zum Fall sind auf unserer Website zu finden. ❁

ANZEIGE

Geldüberweisung in die Heimat

Viele MigrantInnen suchen einen sicheren, schnellen und preisgünstigen Weg, um ihre Familien im Herkunftsland zu unterstützen. Wir transferieren Bargeld nach 80 Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und Europas. Das Büro befindet sich im Zentrum Berns, neben dem Sitzungszimmer von Solidarités sans frontières.

Öffnungszeiten

Mo/Di 9.30 – 18.30

Mi/Fr geschlossen

Do/Sa 9.30 – 18.30

Andere Termine auf Anfrage.

Auskünfte über Bestimmungsorte, Wechselkurse, Gebühren etc.

Tel. 031 535 38 20, Tel. 079 688 56 53

peleuenberger@yahoo.de

Money Transfer

Neuengasse 8 /3. Stock, 3011 Bern

KIOSK

Dokumentation «ohne uns geht nichts»

Mirjam Brunner, Praktikantin bei Sosf, hat eine umfassende Dokumentation zur Kampagne «ohne uns geht nichts.» erstellt. Von der Lancierung im Oktober 2003 bis zur zweiten Landsgemeinde im September 2007 sind sämtliche Aktionen dokumentiert. Einzelne Kapitel oder die gesamte Dokumentation können gegen Porto- und Kopierkosten bei Sosf bestellt werden. Ausführliche Infos darüber online.

www.ohneuns.ch ❁

IMPRESSUM

Bulletin

Solidarité sans frontières

erscheint viermal jährlich

Auflage dieser Ausgabe:

3400 deutsch / 750 französisch

Beglaubigte Auflage:

3252 deutsch / 693 französisch

Gestaltung und Satz:

Simone Kaspar, simoqua.ch

Druck: Oranis Offset, Chur

Versand: Toleranz95, Chur

Redaktion: Heiner Busch,

Balthasar Glättli

Übersetzungen: Sylvie Colbois,

Olivier von Allmen

Lektorat: Sosf

Fotos: Fotografinnen-Kollektiv,

www.zeitpunktbild.ch

Redaktionsschluss für die nächste

Ausgabe: 20. April 2008

Wir behalten uns vor,

LeserInnenbriefe zu kürzen

Mitgliederbeitrag 2008 inkl. Abo:

70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare /

Fr. 30.– Nichtverdienende /

120.– Organisationen

Abo Einzelpersonen 30.– /

Abo Organisationen 50.–

Herausgeberin:

Solidarité sans frontières,

Neuengasse 8, 3011 Bern

(Zusammenschluss AKS/BODS)

Fon 031 311 07 70

Fax 031 311 07 75

sekretariat@sosf.ch

www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6



Foto aus der Serie «Kopftuchdebatte» vom Fotografinnenkollektiv zeitpunktbild

In Afrika sensibilisiert

Mirjam Brunner ist Praktikantin bei Sosf. In ihrem Leben hat sie bereits Kinder in Ghana unterrichtet, Imker in Benin ausgebildet und ein Bachelor-Studium in einer Fremdsprache abgeschlossen.



Die neue Praktikantin bei Solidarité sans frontières hilft während sechs Monaten auf dem Sekretariat mit. Zurzeit stellt Mirjam Brunner einen ausführliche Dokumentation zusammen mit Materialien zu vergangenen Aktionen und Demonstrationen im Rahmen der Kampagne «ohne uns geht nichts.» Dies im Hinblick auf die von der Landsgemeinde der MigrantInnen beschlossene Aktionswoche vom September 2008. «Dann werde ich leider nicht mehr dabei sein», sagt die 23jährige und man merkt ihr an, dass sie im Herbst gerne beim Organisieren und Koordinieren mithelfen würde.

«Ich finde die politische Arbeit spannend.»

Überhaupt habe sie dieses Praktikum gewollt, um etwas Distanz von der theorielastigen Universität zu gewinnen und um sich Gedanken zu ihrer beruflichen Zukunft zu machen. Die Bernerin hat an der Uni Lausanne ein Bachelor-Studium in Soziologie und Politologie abgeschlossen.

Mit Solidarité sans frontières kam Mirjam in Lausanne in Kontakt. Nach einem Referat von Balthasar Glättli, dem politischen Sekretär von Sosf, fragte sie ihn spontan für eine Praktikumsstelle an. Nun hofft sie, in den sechs Monaten Praktikum auf ein Thema zu stossen, welches sich für eine Masterarbeit an der Uni Neuenburg im Fach Soziologie mit Schwerpunkt «Migration et Citoyenneté» eignet.

Migrationspolitisch sensibilisiert wurde Mirjam in Afrika. Nach der Matur verbrachte sie einige Monate in Ghana, wo

sie Umwelterziehung und Mathematik an einer Grundschule unterrichtete. «Ich war erstaunt, dass es für meine dortigen Bekannten praktisch unmöglich war, ein Visum für Besuche in der Schweiz zu erhalten», erinnert sie sich. Zurück an der Uni in Lausanne verfolgte sie dann die erfolgreiche Waadtländer Kampagne «Stop aux renvois» («Stoppt die Ausschaffungen») und begann sich intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Bienen züchten in Benin

Neben der Migrations- und Flüchtlingsthematik interessiert sich Mirjam auch für die Entwicklungszusammenarbeit. Letzten Herbst verbrachte sie vier Monate im westafrikanischen Benin. Zusammen mit einem deutschen Imker ohne Fremdsprachenkenntnisse brachte sie einer von der Baumwollproduktion abhängigen Dorfgemeinschaft die Bienenzucht bei.

«Wenn man in der Entwicklungspolitik etwas bewegen will, muss man sich mit ganz kleinen, lokalen Projekten begnügen.» Oder man versuche in die Chefetagen internationaler Organisationen aufzusteigen. «Dort ist man dann aber von der Politik der Grossmächte abhängig», so Mirjam.

Migration als Bereicherung

Etwas bewegen könne man sicherlich hier in der Schweiz, gerade wenn es um Migration gehe, so die Praktikantin. «Es ist ungerecht wie AusländerInnen in der Schweiz wahrgenommen werden.» Zwar sei es schwierig gegen die «populistische Angstmacherei» anzutreten, sie glaube aber daran, dass sich irgendeinmal das politische Klima ändere. «Es geht darum aufzuzeigen, dass Migration bereichernd ist und auch die SchweizerInnen davon profitieren», sagt Mirjam. ❁

Dinu Gautier

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen umgehend mit. Sie ersparen uns damit teure Posttaxen.

VERANSTALTUNGSHINWEIS

OFFEN FÜR ALLE MITGLIEDER UND ALLE INTERESSIERTEN:

**Freitag,
18. April 2008,
18 Uhr – ca. 21.30 Uhr**

Vollversammlung von Solidarité sans frontières

im Restaurant Mappamondo,
Länggasstrasse 44, 3012 Bern.

**Haupttraktandum:
Vorbereitung der
MigrantInnen-Aktionswoche
vom 8. - 12. September 2008**

In dieser Aktionswoche wollen wir ein Netzwerk aufbauen zwischen verschiedenen Engagierten in den verschiedenen Regionen. Erste Ansätze und ein grober Raster für die verschiedenen Aktionen in den verschiedenen Regionen werden an der Vollversammlung vorgestellt.

Weitere Traktanden: Wahl von Graziella Coulon, Jahresplanung, Jahresrechnung 2007 und Budget 2008

Danke für Ihre Anmeldung ans Sekretariat!

**Fon 031 311 07 70
Fax 031 311 07 75
sekretariat@sosf.ch**